

12. Dezember 1947

P o l i t i k = II/105

Zehn Milliarden Dollar

Nach dem ersten Weltkrieg kam der Begriff "Reparationen" auf, an die Stelle des Tributes sollte die Wiedergutmachung treten. Man ging dabei von der im übrigen unstrittenen Voraussetzung aus, dass Deutschland den Krieg verursacht habe und demzufolge verpflichtet sei, für die entstandenen Schäden aufzukommen.

Deutschland mühte sich nach besten Kräften. Bald jedoch stellte es sich heraus, dass es den Siegermächten, obwohl sie bedeutende Summen an Reparationen erhielten, von Jahr zu Jahr schlechter ging. Die Reparationsleistungen erfüllten also nicht ihren Zweck. Man unterliess aber die einzig mögliche Schlussfolgerung, den einmal gemachten Fehler gründlich zu korrigieren.

Deutschland kam nicht mehr dazu Atem zu schöpfen, gewisse Nachlässe, die es durchsetzte, waren unzureichend. Schliesslich geriet die gesamte Weltwirtschaft in eine Krise grössten Ausmasses. Amerika, wohin vor allem die vom deutschen Volk erarbeiteten Werte strömten, produzierte unablässig, Europa aber war ein schlechter Abnehmer, denn sein wirtschaftliches Herz, Deutschland, schlug immer schwächer. Man begriff allmählich, dass Reparationen dieses Ausmasses in der gegenwärtigen Zeit weitestgehender internationaler Wirtschaftsverflechtung eher wie ein Bumerang wirken, das heisst, auf ihren Urheber zurückschlagen. Lloyd George, Sir Austin Chamberlain und sogar Louis Barthou, der 1922 ernannte Vorsitzende der Reparationskommission, gaben diesen Sachverhalt auch mehr oder minder offen zu.

Der zweite Weltkrieg freilich ist ohne jeden Zweifel durch Hitler entfacht worden. Da ein bedeutender Teil des deutschen Volkes mit seinen Absichten einverstanden war, ist die deutsche Wiedergutmachungsverpflichtung nicht ernsthaft bestritten. Wenn aber Deutschland grundsätzlich zur Reparationsleistung bereit ist, so muss man ihm auch die Voraussetzungen dafür geben. Dabei ist es ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit, die bisher von Deutschland bereits geleisteten Reparationen mitanzurechnen. Dazu würde es gehören, den wirtschaftlichen Nutzeffekt der von Deutschland willkürlich abgetrennten Gebiete abzusetzen - es sei denn, man habe die Absicht, sie zurückzugeben. Selbst

. 2 .

dann aber müsste der inzwischen eingetretene Wertunterschied berücksichtigt werden. Viele andere Posten kämen hinzu, auf die in einzelnen hier nicht eingegangen werden soll. Eine kürzliche detaillierte Aufstellung einer gut unterrichteten deutschen Stelle kommt auf einen Betrag von insgesamt 118 Milliarden Goldmark.

Die Russen halten nun an ihrer Zehn-Milliarden-Dollar-Forderung fest. Die Engländer und Amerikaner haben sie auch in London wieder abgelehnt, und zwar mit der Begründung, dass auch nur der Versuch, diesen Betrag aus dem zerschlagenen Deutschland herauszuholen, ein Ausbluten Mitteleuropas bedeuten würde. Das sieht jedermann. Deshalb ist man auch sogar zu der Ansicht gekommen, die Russen wünschten mit dem Beharren auf ihrer Forderung gerade das erwähnte unausbleibliche Ergebnis.

Sollte man über einen solchen Verdacht empört sein, dann bleibt eine andere Überlegung: Stellt man solche Forderungen wie die der Zehn Milliarden, so muss man sich darüber im klaren sein, dass dies zu allererst den deutschen Arbeiter trifft. Mit einer sozialistischen Anschauung aber ist es unvereinbar, in erster Linie Arbeiter Lasten aufzubürden, unter denen sie zusammenbrechen werden. Daran wird auch dadurch nichts geändert, dass man zu gleicher Zeit seine Besorgnis um den politischen Bestand dieses Volkes ausspricht. Solche Erklärungen verlieren dann jedes Gewicht.

Phantastische Reparationsbeschlüsse werden dieselben Ergebnisse zeitigen wie die nach dem ersten Weltkrieg. Wahrscheinlich wäre Hitler nie an die Macht gekommen, wenn man Deutschland eine bessere Chance gegeben hätte. Aus solcher Erkenntnis sollte man die einzig vernünftige Schlussfolgerung ziehen, die freilich auch unerlässlich ist: Deutschland muss die Möglichkeit zu einem lebenswerten Leben gegeben werden. Es geht nicht an, dass man aus dem Mythos Krieg-übersteigerte Tribute-, Verelendung - Führersehnsucht- Krieg auf eine Art ewigen Kreislaufes entsteht. Man darf nicht müde werden, auf diesen Zusammenhang und die damit verbundene Gefahr hinzuweisen. (m/ES/1172/1/1e)

- - - - -

Geheimdokument I.C.S. 1067

Eine wichtige und auch kritische Ergänzung zu den Memoiren des früheren US-Außenministers Byrnes hat der bekannte New Yorker Finanzmann James P. Warburg mit seinem Buch "Deutschland-Brücke oder Schlachtfeld" (Verlag Weidenmann, London) gegeben. Dieses Buch, das in Deutschland noch nicht zu haben ist, erfährt jetzt eine Verbreiterung seiner Grundlage durch die Veröffentlichung einer Dokumentensammlung Warburgs, die den Titel trägt "Die Alliierten in Deutschland". Über den Inhalt dieser Dokumente sind im Ausland Buchbesprechungen erschienen, die erkennen lassen, daß Warburgs Werk eine bemerkenswerte Erläuterung zur amerikanischen Außenpolitik der letzten Jahre darstellt.

Es folgen hier einige dokumentarisch belegte Ausführungen dazu. "Die Entscheidungen von Potsdam sind viel weniger, als allgemein angenommen wird, den Gedankengängen des Kreml entnommen, als vielmehr der harten, einflussreichen des amerikanischen Außenamtes. Die eine Seite dieses Bildes ist der bekannte Morgenthau-Plan von 1944 mit seinem Grundsatz der Reagrarisierung Deutschlands. Gewisse Gedankengänge von Morgenthau wirk-

ten aber weiter bis in den ersten Industriepan hinein. Dies geht insbesondere aus dem Dokument J.O.S. 1067 hervor, das das Außenamt an General Eisenhower in der Form eines Befehls übergab. Dieses Dokument sollte für die Dauer von sechs Monaten nach Ende des Krieges als strengstes Staatsgeheimnis behütet werden.

Der Oberbefehlshaber wurde darin zwar angewiesen, Maßnahmen zu ergreifen, um Hungersterben, Seuchen oder Unruhen solchen Ausmaßes zu verhindern, das seine Streitkräfte in Gefahr bringen könnte, aber es wurde auch wörtlich hinzugefügt: 'Abgesehen von dem, was notwendig sein mag, um diese Ziele durchzuführen, sollen Sie keine Maßnahmen ergreifen a) in der Richtung auf Deutschlands wirtschaftliche Wiederherstellung, b) in der Absicht, die deutsche Wirtschaft aufrecht zu erhalten oder zu stärken'.

Dieser Befehl datiert von April 1945 und blieb vor und nach Potsdam die bleibende Direktive für die Deutschlandpolitik der USA. Die Anweisung setzte ausdrücklich eine oberste Grenze für den deutschen Lebensstandard, aber es gab keine untere Grenze, unter die er nicht sinken sollte. Erst Byrnes' Stuttgarter Rede brachte eine Wendung, die allein auf die Verschlechterung der Beziehungen zu Moskau und auf die wachsenden Unkosten der USA in Deutschland zurückzuführen ist.

(u/B69/1212/hs)

Gewerkschaften im Osten

Dr. W. E. In den Oststaaten hat sich seit dem Ende des zweiten Weltkrieges eine neue Großmacht innerhalb der einzelnen Nationen gebildet: die "Einheitsgewerkschaft der Arbeiter, Angestellten und freien Berufe". In Polen, der Tschechoslowakei, in Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien und selbst in Libanon wurde die früher parteipolitisch aufgespaltene Gewerkschaftsbewegung abgelöst durch eine straffe, "überparteiliche" und trotzdem hoch politische Organisation, deren Schema in allen diesen Staaten das gleiche Prinzip verrät, nämlich die zum Stützpunkt der auf revolutionärer Wege errungenen staatssozialistischen Gesellschaftsordnung zu werden.

Die zweite wichtige Funktion der Gewerkschaft ist die praktische Verwirklichung der Nationalisierung in der Wirtschaft. Zwar ist das Gesetz nach der Staatseigentümlichkeit der nationalisierten Betriebe. Er delegiert aber wichtige Rechte auch ohne formalen juristischen Akt an die Gewerkschaften und deren Arbeiterkollektive. Eine dritte Funktion endlich ist politischer Charakter. Ihr liegt die personelle Überwachung der Betriebe nach dem Grundsatz der staatlichen Zuverlässigkeit mit ihrer Konsequenz der politischen Reinigung von der Demokratie feindlichen Elementen ob. Ferner bestimmt sie sehr wesentlich das gegenseitige Abstimmen von Preis und Reingewinn der Unternehmer durch ihre Lohnsätze, ihre Krankheits- und Altersansprüche und durch ihren direkten Einfluß auf die Geschäftsführung. Sie verteilt die Arbeitskräfte nach ihrer Klassen in Übereinstimmung mit den jeweils herrschenden Wirtschaftsplänen der Regierungen.

Diese mehrjährigen Wirtschaftspläne, deren Durchführung ohne die Gewerkschaften so gut wie undurchführbar wäre, betrauen sie mit bis dahin nie gekannten Aufgaben der Planerfüllung und mit entsprechend un-

fassende Vollmacht. Sie ist auch verantwortlich für die Arbeitsleistung des einzelnen wie der gesamten Belegschaft, die sie durch Arbeitswettbewerb anregt. Das Wettbewerbsystem ist vor allem in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien besonders stark entwickelt und stützt sich auf sowjetisches Vorbild (Stachanow-System).

In Polen zählt die nach Berufsgruppen gegliederte Einheitsgewerkschaft heute über zwei Millionen Mitglieder, während im Vorkriegspolen (mit einer grösseren Einwohnerzahl) lediglich 300.000 Personen in 342 meist selbständigen Verbänden organisiert waren.

Alle Gewerkschaften dieser Länder stehen miteinander in enger Verbindung und tauschen ihre Erfahrungen aus. Mit einem beachtlichen Aufwand von Mitteln propagieren sie durch Manifestationen, Presse, Plakate und Film die "Gesellschaftsordnung ihrer Regierung", als den einzigen Schutz vor kapitalistischer Ausbeutung. Sie schwimmen damit im politischen Fahrwasser ihres mächtigen Nachbarn im Nordosten und sind gelehrige Schüler ihres grossen Meisters.

Wenn sie trotzdem in diesem Jahre in Prag für die Aufnahme Deutschlands in den Weltgewerkschaftsbund stimmten, so hat dies wohl seinen tieferen Grund in der Bestrebung, ihre Macht zu stärken. Denn sie hoffen - auf lange Sicht gesehen - dass auch Deutschlands arbeitende Bevölkerung - durch die Politik der Westmächte enttäuscht - in die Arme des Kommunismus getrieben wird.

Der Krach um Kaiser

Die Krise in der CDU der Ostzone - solange vorausgesetzt und seit Monaten aus ernst zu nehmenden Kreisen der CDU als Wahrscheinlichkeit kaum bestritten - ist plötzlich in aller Schärfe ausgebrochen. Im Mittelpunkt steht die Person Jakob Kaisers. Noch ist keine endgültige Klärung erreicht. Denn niemand wird behaupten wollen, dass mit dem vom Vorstand ausgesprochenen Vertrauen die Lage geklärt sei. Es ist durchaus möglich, dass ein Landeskongress stattfinden wird, der zu neuen Ergebnissen führt, und es ist sicher, dass die sowjetische Militärregierung die Tatsache, dass Jakob Kaiser und Ernst Lemmer sich offen gegen eine Beteiligung am Volkskongress aussprechen, nicht einfach hinnehmen wird. Es ist sogar durchaus möglich, dass die SMA auf den Rücktritt Kaisers bestehen wird, wenn er seinen Standpunkt nicht ändert. Dann aber wäre der Krach in der CDU Tatsache.

Diese Entwicklung wird niemanden überraschen, der sich in den vergangenen zwei Jahren den Sinn für politische Tatsachen bewahrt hat.

Was die Person Kaisers betrifft, so wäre es ungerath, wollte man seinen letzten Versuch, Rückgrat zu zeigen, und sich wenigstens ein Minimum an politischer Selbstständigkeit zu sichern, nicht anerkennen. Aber andererseits fehlt jeder Anlass dazu, ihn zu einer Art politischer Märtyrer zu stempeln. Das würde den Tatsachen nicht gerecht werden, denn Kaiser hat sich trotz vieler eindringlicher Warnungen, die an ihn herangetragen worden sind, zu einer Rolle drängen lassen, deren Kläglichkeit in einem symbolhaften Vorgang während der Vorstandssitzung mit geradezu peinlicher Deutlichkeit in Erscheinung trat. Kaiser hatte einen russischen Befehl

einen englischen Offizier zu überbringen, der englische Offizier weigerte sich, ihn von einem Deutschen anzunehmen. Das ist eine denkbar unwürdige Rolle, in die Jakob Kaiser sich aber selbst hineinmanövriert hat.

In seinem subjektiv sicher ehrlichen, aber in jedem Falle kurzsichtigen Willen, Verbindungen zu halten und Brücken zu schlagen, wo es praktisch keinen Ausgleich mehr gab, hat er zu spät den Versuch gemacht, festeren eigenen Boden unter den Füßen zu gewinnen. Ob ihm das heute noch gelingen wird, mag ihm selbst und seinen Freunden sehr fraglich erscheinen. Mit diesem Zwischenfall und mit den größeren Ereignissen, die zu der jetzigen Krise in der CDU und dem Krach um Jakob Kaiser geführt haben, sind die Illusionen von 20 Monaten endgültig zerronnen.

In dieser Entwicklung liegt aber außerdem ein nachträglicher Beweis für die Richtigkeit der von sozialdemokratischer Seite stets verfochtenen These, daß es unmöglich ist, dort um Verständnis, Entgegenkommen und ein Minimum an objektiver Betrachtungsweise der Dinge zu werben, wo man zu allem von vornherein nicht bereit ist. Das Wissen um diese Tatsache war ja auch die zuletzt entscheidende Ursache dafür, weshalb die SPD unter solchen unmöglichen Voraussetzungen von vornherein keinen Wert auf ihre formale Zulassung in der Ostzone gelegt hat. (m/1/1212/1/hs)

Walcheren im Zeichen des Wiederaufbaus

v.S. Amsterdam, Anf. Dezember

Die holländische Regentin, Prinzessin Juliäne, und der britische Ministerpräsident Clement Attlee, haben vor einiger Zeit in Anwesenheit weiterer prominenter holländischer und alliierter Persönlichkeiten eine Reihe junger Bäume auf der Insel Walcheren gepflanzt, anlässlich der Feierlichkeiten, die im Zeichen des Gedenkens und Wiederaufbaus auf der durch den Krieg so schwer in Mitleidenschaft gezogenen holländischen Insel stattfanden. "Diese Pflanzung von jungen Bäumen", so sagte Attlee in einer Rede auf Walcheren, "ist nur ein neuer Beweis unseres Glaubens an den Wiederaufbau, der sich in Westeuropa vollzieht und an dem wir alle gemeinsam teilnehmen".

Es sind nun genau drei Jahre seit den erbitterten Kämpfen vergangen, die im Oktober/November 1944 auf der der Scheldemündung vorgelagerten Insel stattfanden. Es handelte sich um das letzte Bollwerk der Deutschen, das den Weg zum Hafen von Antwerpen beherrschte. Am 3. Oktober 1944 gelang es der RAF durch schwere und schwerste Bombardements, den wichtigsten Deich an der Westküste von Walcheren zu zerstören und auf diese Weise die meisten deutschen Stellungen unter Wasser zu setzen. Am 1. November wurde dann die Insel nach einer überraschenden Landung englischer Truppen erobert.

Aber die gewaltigen Wasserfluten der Nordsee hatten nicht nur zur Vernichtung des Gegners beigetragen, sondern auf der ganzen Insel ein Zerstörungswerk sondergleichen verrichtet. Das kleine Dorf Westkapelle (an dem durchbrochenen Deich) war völlig dem Erdboden gleichgemacht, und auch die schönen alten Städte Middelburg und Vlissingen wiesen schwere Schäden an ihren berühmten historischen Bauwerken und ungezählten Wohnhäusern auf. Auch die meisten Felder und Wiesen auf Walcheren waren durch das Salzwasser auf Jahre hinaus ihrer Fruchtbarkeit beraubt. Kaum ein Baum oder Strauch ist heute auf der ehemals blühenden Insel, die man den "Garten Hollands" zu nennen pflegte, zu finden.

Es zeugt von dem zähen und widerstandsfähigen Schlag der Inselbewohner, daß sie trotz der ungeheuren Verluste an Menschen und Gut den Kopf nicht haben hängen lassen und unmittelbar nach der Befreiung an den Wiederaufbau ihres zerstörten Landes gegangen sind, der heute bereits überraschende Fortschritte auf allen Gebieten zeigt. Trotz der überall noch sichtbaren Spuren der schweren Kriegshandlungen sind in Handel und Wandel der alte vorbildliche Fleiß, der frische ungebrochene Unternehmungsgeist des urgesunden bäuerlichen Volkes zu spüren, das unermüdet an die Nutzung der natürlichen Vorteile geht, die ihm die geographische Lage der Insel bietet. Schon weisen die weltberühmten Austernbänke wieder reiche Ernten auf, und die ungezählten Fischkutter tragen den Namen von Vlissingen auf die weite Nordsee. Auch die Industrie, die sich in diesem abgelegenen Stückchen Hollands in aller Stille entwickelt hatte, bringt wieder solide und wertvolle Erzeugnisse hervor.

Schwieriger allerdings ist die Lage der Landwirtschaft. Alle während des Krieges durch Kampfhandlungen oder von den Deutschen vorsätzlich überfluteten Gebiete in Holland (im ganzen rund 200 000 ha) waren zwar schon einige Monate nach der Befreiung wieder völlig trockengelegt. Aber während der Boden innerhalb der mit Süßwasser überfluteten Gebiete nicht weiter angegriffen war und unverzüglich wieder bearbeitet werden konnte, gestaltete sich die Lage auf dem mit Salzwasser überfluteten Walcheren äußerst bedenklich. Die Umgestaltung des salzigen Bodens in entsalzene Kulturboden normaler Struktur bildet auch heute noch ein landwirtschaftliches Problem ganz besonderer Art, dessen Lösung vor allem in der Behandlung des salzigen Bodens mit Gips besteht. Wenn genügend Gips importiert werden kann, wird es möglich sein, die "Entsalzung" in zwei bis drei Jahren durchzuführen. Inzwischen kann bereits vorsichtig mit den ersten Kulturen begonnen werden, wobei allerdings nur eine oberflächliche Bodenbearbeitung in Anwendung kommen darf, um zu vermeiden, daß noch nicht entsalzene Bodenschichten wieder an die Oberfläche gelangen und wobei auf die sorgfältigste Auswahl der anzupflanzenden Gewächse geachtet werden muß.

Die Trockenheit des letzten Sommers ist diesem Umgestaltungsprozeß leider nicht zugute gekommen, und die diesjährige Ernte stellt nur etwa 25 Prozent der Vorkriegserträge dar. Da man jedoch erwarten darf, daß die wissenschaftliche, mit größter Umsicht geleitete Wiederurbarmachung erfolgreich durchgeführt werden wird, kann aufgrund langjähriger Erfahrungen damit gerechnet werden, daß das "neue" Kulturland schon in einigen Jahren Ernten aufzuweisen hat, die den Vergleich mit den Erträgen des "alten" Walcheren mit Glanz bestehen können.